

Bildlegende

**Auf dem Weg zu Mehrweg an Churer Grossveranstaltungen:** Stadtschreiber Markus Frauenfelder (Dritter von links) nimmt vorm Rathaus die entsprechende Petition der IG Mehrweg statt Wegwerf in Empfang. (Foto: Andrea Badrutt)

Medienmitteilung vom Freitag, 22. November 2019

## **«Mehrweg statt Wegwerf»-Petitionäre übergeben dem Churer Stadtschreiber über 5000 Unterschriften**

**Heute Freitag, 22. November, um 14 Uhr hat die IG Mehrweg statt Wegwerf in Chur zwei Bundesordner mit insgesamt 5095 Unterschriften zuhanden von Stadt- und Gemeinderat überreicht. Ziel der Petition ist es, dass an öffentlichen Grossveranstaltungen (wie etwa dem Churer Fest) der Einsatz von Mehrweggebinden künftig verpflichtend wird. Damit sollen Abfallmengen bei derlei Anlässen drastisch reduziert werden.**

Chur. – Der Churer Stadtschreiber Markus Frauenfelder hat gestern vorm Churer Rathaus die Petition «Mehrweg statt Wegwerf – für eine saubere Veranstaltung» entgegengenommen. Neben dem Petitionstext und zwei Bundesordnern mit insgesamt 5095 Unterschriften überreichten die Petitionäre dem Behördenvertreter symbolisch einen Mehrwegbecher. Frauenfelder wird das Anliegen an Stadt- und Gemeinderat weiterleiten. «In meiner ganzen Amtszeit habe ich noch nie erlebt, dass eine Petition derart viele Unterschriften erhalten hat», sagte er sichtlich beeindruckt.

Ein breites Bündnis verschiedener Organisation und Parteien unterstützt das Vorhaben. Dazu gehören Jugendparlament der Stadt Chur, Klimastreik Graubünden, Junge Grüne, Juso, Junge Grünliberale, Junge BDP, Verda, SP, Pro Natura und VBU (Vereinigung Bündner Umweltorganisationen). «Wir finden es an der Zeit, dass Mehrweggebinde bei Grossveranstaltungen auf öffentlichem Grund zur Selbstverständlichkeit werden», heisst es in einer Medienmitteilung der Petitionäre. Was Bern, Basel oder St. Gallen könnten, sollte auch in Chur möglich sein. Der Churer Stadtrat habe sich bisher jedoch gescheut, Mehrweg zum Standard zu machen. «Wir wollen den Politikern nun auf die Sprünge helfen.»

### **Grosse Akzeptanz**

Die Unterschriftensammlung war lanciert worden, nachdem ein ähnlicher Vorstoss auf kommunalpolitischer Ebene scheiterte. Bereits 2018 hatte sich das Jugendparlament der Stadt Chur für eine markante Abfallreduzierung bei öffentlichen Anlässen stark gemacht. Der Gemeinderat lehnte das Ansinnen mit 11 : 9 Stimmen jedoch ab. Mit den nun zusammengetragenen Unterschriften wollen die Petitionäre zeigen, dass die Akzeptanz von Mehrweggebinden bei Grossveranstaltungen in der Bevölkerung nicht nur vorhanden ist, sondern dass die Öffentlichkeit das Anliegen deutlich gutheisst. 50 Prozent der Unterzeichnenden stammen aus Chur, 37 Prozent aus anderen Bündner Gemeinden und Regionen, die übrigen aus der restlichen Schweiz, wie die Petitionäre mitteilen.

Mit Mehrwegsystemen würden sich die Abfallmengen bei Grossanlässen ohne weiteres drastisch reduzieren lassen, betonen die Initianten. So hätte sich beispielsweise in St. Gallen nach Einführung eines Mehrwegsystems am dortigen Stadtfest die Abfallmenge pro Besucher um über 40 Prozent reduziert. Auf das Churer Stadtfest übertragen, wo jedesmal insgesamt rund 20 Tonnen anfielen, wäre eine Reduktion um acht Tonnen Abfall erzielbar. Der grösste Teil davon betreffe Einwegbecher und -geschirr aus Plastik. Am diesjährigen Churer Fest hatten die Initianten auf dem Hegisplatz gezeigt, was möglich ist: Konsequenter Mehrweggebinde verwendend, minimierten die Veranstalter des Kulturfestes am Hegisplatz den Abfall der drei Festtage auf eine Menge, die Platz in einem einzigen 35-Liter-Kehrtrichtersack fand.

### **Wie weiter?**

Das Echo auf die Petition bezeichnen die Initianten als überwältigend. Die über 5000 Unterschriften seien ein Rekordergebnis, das die Stadt wohl kaum ignorieren könne. Aber wie geht es jetzt weiter? «Nach Artikel 33 der Bundesverfassung kann jede Person Petitionen an Behörden richten», heisst es auf der Website des Bundes zum politischen System der Schweiz ([www.ch.ch/de/demokratie/politische-rechte/petition/](http://www.ch.ch/de/demokratie/politische-rechte/petition/)). «Die Behörde, an die sich die Petition richtet, muss davon Kenntnis nehmen. Sie ist aber nicht verpflichtet, sie zu behandeln oder zu beantworten. Allerdings tun sie das in der Praxis fast immer.»

### *IG Mehrweg statt Wegwerf*

---

Kim Bauer, Präsidentin *Jugendparlament Stadt Chur*  
Annatina Badrutt, *Naturpädagogin*  
Reto Sommerau, *Kommunikationsfachmann*